

Eine Erinnerung  
an das Unverfügbare

## Die Wiederkehr des Normativen

Heinrich Oberreuter

Etwa alle fünfzehn Jahre pflegen Parteien in der Bundesrepublik über ein neues Grundgesetzprogramm nachzudenken. Warum? Weil man sich offenbar im Generationenablauf seines Propriums versichern muss: Wer sind wir, wo wollen wir hin, stimmen unsere Orientierungen? In den vielfältigen zur Atemlosigkeit neigenden Beschleunigungen entsteht regelmäßig das Verlangen nach orientierendem Innehalten.

Wer in der Politik Orientierung sucht, wirft normative Fragen auf. Politik konfrontiert Sachgesetzlichkeiten immer mit Wertoptionen: Was ist gut für ein glücktes menschliches Leben? In der posttotalitären Not waren solche Optionen selbstverständlich. Aus Erfahrung entstand Konsens über Grundwerte, aus welcher theoretischen und philosophischen Orientierung sie auch immer hergeleitet worden sind. In der Programmdiskussion der Parteien ist das heute noch sichtbar: Vom christlichen Menschenbild, von Aufklärung und sozialer Verantwortung gehen sie alle aus. Diese Gemeinsamkeiten sind wertvoll. Sie in Erinnerung zu rufen ist derzeit ein wesentlicher Aspekt des orientierenden Atemholens. Weltweit ist eine Renaissance des Normativen und Religiösen zu beobachten, die – gelegentlich penetrant – politische Gestaltungsansprüche erhebt. Die Säkularisierung Europas gilt andernorts als Sonderentwicklung. Diese Säkularisierung birgt aber auch die Gefahr, sich vom Wurzelgrund zu lösen, der das historische Bild Europas bestimmt. Damit gerät das Hu-

manum in Zweifel: durch Fundamentalismus wie durch schrankenlosen Relativismus. Die vielbeschworene Wiederkehr des Religiösen in der öffentlichen Diskussion – nicht zu verwechseln mit einer Wiederkehr des Glaubens – hat mit dieser Gefährdung durch die modernen Machbarkeitsillusionen zu tun. Das Religiöse gewinnt neue Legitimität als Orientierungsressource für gesellschaftliche Moral und politische Ethik, als Wegweiser jenseits des Faktischen, Pragmatischen und Opportunistischen. Der herausgeforderte Schutz des Lebens (auch der Lebensgrundlagen) und der Menschenwürde durch Forschung, Machbarkeitswahn oder auch Nonchalance ist für diese Rückbesinnung verantwortlich. Das Religiöse gewinnt in der modernen Gesellschaft aber weder Exklusivität noch Fundamentalität. Diese Gesellschaft gewinnt ihren humanen Charakter nicht zuletzt durch die Trennung von Politik und Religion. Sie bleibt pluralistisch, muss aber wissen, dass dieser Pluralismus im Humanum Grund und Grenzen findet. Hier liegen die Voraussetzungen des modernen Staates, die er nicht selbst zu schaffen vermag. Man mag sie unterschiedlich und man darf sie nicht mit Exklusivitätsansprüchen begründen. So lässt sich aus dem Evangelium, wie das 2. Vatikanum hervorgehoben hat, keine konkrete Politik ableiten. Christen können aus ihrer Verantwortung in unterschiedlichen Parteien aktiv sein. Das „C“ im Parteinamen begründet also kein Monopol. Gleichwohl können sich Unterschiede ergeben, je nach-

dem, ob das christliche Menschenbild transzendental oder nur historisch-empirisch begründet wird. Gottebenbildlichkeit als Begründungsprinzip führt politisch zu weitreichenderen Positionen zum Beispiel bei Lebensschutz, Bioethik, Präimplantationsdiagnostik und Forschungsfreiheit als ein rein philosophisch-empirischer Bezug. Im Argumentationsduktus der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung „Im Zentrum: Menschenwürde“ wird dieser politisch-praktische Unterschied deutlich. Aber auch er verleiht den C-Parteien keine Alleinstellung. Auch in anderen Parteien gibt es Vertreter dieser Überzeugung. Und auch innerhalb der C-Parteien ist diese Überzeugung umstritten. Selbst in Grundsatzkommissionen wird die Anrufung der Gottebenbildlichkeit des Menschen als Maßstab politischer Normsetzung mit Überraschung und Skepsis quittiert und stößt durchaus auf Fortschritts- und Forschungsargumente. Auch in der Programmdiskussion der Union ist die Erinnerung an das Unverfügbare offensichtlich angebracht, weil sich in ihr die gesellschaftliche Wirklichkeit ebenso abbildet wie in anderen Parteien – vielleicht dort nur (noch) nicht so prägnant. Umso wichtiger bleibt die Befestigung normativer Positionen gegenüber rein zeitgeschichtlichen oder zeitgebundenen Ansätzen, die grundsätzlich wandelbar und für ethische Orientierung nicht geeignet erscheinen. Im Blick auf Wahlen mag das brisant sein, im Blick auf Profilierung jedoch schärfend. Wer aber im Blick auf Wahlen vor Grundsätzen zurückzuckt, sollte zugeben, dass er im Kern keine hat. Zugespitzt: Die Union kann sich zwar plurale Begründungen ihres ethischen Kerns leisten, nicht zuletzt diesseits des Transzendentalen, aber nicht dessen schleichende, zeitgeistoportunistische Preisgabe.

Die Freiheit eines Christenmenschen muss sich, um ein weiteres Zukunftsthema zu nennen, auch entfalten können,

ganz im Sinne der Kant'schen Autonomie. Tätiges Leben, Selbstverantwortung gehören ebenso zum christlichen Menschenbild. Die gesellschaftlichen und rechtlichen Normen müssen das Individuum auch handeln und seine Selbstverantwortung wahrnehmen lassen, statt es bevormundend und seiner Verantwortungsfähigkeit misstrauend zu entmächtigen. Menschenwürde empfängt man nicht von Kollektiven. Zu fragen ist, ob der aktive Staat die Lust zu Freiheiten, die mit Risiken verbunden sind, nicht längst gebrochen hat. Die Union ist gut beraten, über die Reduzierung des aktiven Staates zu einem aktivierenden intensiv und motivierend zu diskutieren, nicht weil die sozialstaatlichen Ressourcen versiegen, sondern weil das selbstbestimmte Individuum samt allen Freiheiten und Risiken ihrem Menschenbild (und dem der europäischen Zivilisation) entspricht. Damit soll niemand sozialer Kälte oder finsternen Marktmächten ausgeliefert sein. Der Sozialstaat soll greifen, wo es notwendig ist, aber nicht, wo er es um seines in die individuelle und gesellschaftliche Autonomie eingreifenden Gestaltungswillens wegen tut. Es ist richtig, neuerdings die „solidarische Leistungsgesellschaft“ zu propagieren. Richtig bleibt aber auch eine gewisse Bescheidenheit. Der Mensch kennt Grenzen, Schwachheit und Irrtumsanfälligkeit ebenso wie Strebsamkeit, Erfolg und Leistung. Hierin liegen Grenzen für politische und programmatische Hybris, ebenso die Offenheit für Toleranz, Kompromissfähigkeit und Akzeptanz von Pluralität – mit Standpunktlosigkeit nicht zu verwechseln. Aber die Rückführung unserer aktuellen Probleme auf ihren Grund zeigt deutlich, dass nicht neue Grundsätze zu suchen, sondern Grundsätze auf neue Herausforderungen anzuwenden sind. Mit Beharren hat dies in der Tat, wie Annette Schavan zu Recht hervorgehoben hat, nichts zu tun, sondern mit höchst aktiver, moderner Gestaltung.